D2-034-2 Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Antragsteller*in: Maurice Meyer (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 33 bis 35 einfügen:
in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich mehr Sicherheit erreichen können. Die geplante Kürzung im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist falsch und spiegelt genau diese Auffassung von Sicherheitspolitik nicht wider. Sicherheitspolitik bedeutet nämlich auch, Zivilgesellschaft weltweit und Institutionen wie die Vereinten Nationen zu unterstützen, um unsere internationale Friedensordnung zu stärken. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz lehnen wir strikt ab. Zusätzliche Mittel für die Bundeswehr müssen mit klarer Zielvorgabe eingesetzt und deren

Begründung

Nach dem Kabinettsentwurf soll der Etat des BMZ um 1,6 Milliarden Euro sinken. Der Krieg in der Ukraine hat aufgrund von z.B. steigenden Getreidepreisen auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens. In so einer Situation dürfen die Gelder nicht gekürzt werden, das wäre eine entwicklungspolitische und humanitäre Fehlplanungen.

Unterstützer*innen

Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hangzhi Yu (KV Berlin-Neukölln); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln); Loretta Alcamo (KV Berlin-Neukölln); Lara Pickener (KV Berlin-Lichtenberg); Kasimir Cesare Saladin Heldmann (KV Berlin-Pankow); Luis Höhne (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)